

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 81 (2003)
Heft: 4

Artikel: Stärkste Partei statt einfach viele intelligente Köpfe
Autor: Fehr, Jacqueline / Peyer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341770>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stärkste Partei statt einfach viele intelligente Köpfe

Die Wahlen sind vorbei, links-grün hat zugelegt. Auffallend ist der Gewinn der SP bei den Ständeratswahlen, wobei auch dieser Vormarsch erst nach einer Zuspitzung

von **Jacqueline Fehr**
und **Peter Peyer**

der politischen Auseinandersetzung möglich war. Die Fraktion ist grösser und jünger geworden, einige markante Köpfe sind dazu gestossen. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels wissen wir nicht, wie die Bundesratswahlen ausgehen werden. Trotzdem scheint uns ein Ziel heute, mit oder ohne Blocher, mit oder ohne SP im Bundesrat, klar: In vier Jahren muss die grösste nichtbürgerliche Kraft stärkste Partei sein. Dazu muss die SP Schweiz sowohl inhaltlich als auch organisatorisch besser werden. Den von uns favorisierten Weg dazu wollen wir im Folgenden aufzeigen.

Wahlkampfrückblick

Trotz des befriedigenden Ergebnisses können wir uns nicht darüber hinweg täuschen, dass wir national kaum ein Thema besetzen konnten. Über weite Strecken wurde während des Wahlkampfes nicht über Politik, sondern über Köpfe und Stilfragen diskutiert. Bezüglich der Ausrichtungen haben alle Strömungen gewonnen, sowohl die eher in der Mitte politisierenden Leute wie Anita Fetz, Simonetta

Sommaruga und Jean Studer, als auch jene Kräfte, die pointiert links politisieren wie Christian Levrat, André Daguët, Andrea Hämmerle, die PS Ticino, PS Genève usw.

Selbst Themen, bei denen der SP eine hohe Kompetenz zugetraut wird (EU-Beitritt, Umweltschutz, AHV statt BVG, Friedenspolitik, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit usw.), wurden von der Partei nur zögerlich ins Spiel gebracht. Krass das Beispiel des Kantons Zürich – vor acht Jahren noch ein eigentlicher Wahlkampfmotor für die gesamte Deutschschweizer SP. Weder linke Inputs oder gar eine Themenführerschaft waren erkennbar. Inseratetexte standen schon Monate vor den Wahlen fest. Auf aktuelle Ereignisse wurde bewusst nicht reagiert. Unbestritten ist, dass diese Strategie in den kantonalen Wahlen erfolgreich war. Offen bleibt die Frage, wie sich der Preis dieser Entpolitisierung und zunehmenden Beliebigkeit mittelfristig auswirkt.

Hier stellt sich auch die Frage nach dem Ziel. Sind wir dann stärkste Partei, wenn wir möglichst viele Sitze haben oder sind wir es erst, wenn wir mit der Macht dieser Sitze auch tatsächlich eine Politik formulieren und durchsetzen? Eine Politik, die eine soziale, offene und ökologische Schweiz vertritt und erkämpft. Für uns ist klar: Was Werner de Scheppers im «Blick» zwei Tage nach der Wahl bei der Würdigung der Schlappen von CVP und FDP mit folgenden Worten auf den Punkt

gebracht hat: «Die SP hat zwar auch keine Führung, aber viele gute Köpfe», reicht nicht. Für die SP liegt mehr drin. Uns scheinen dazu folgende Voraussetzungen unumgänglich:

1. Denkfaulheit überwinden

Der SP Schweiz wird in der Sozialpolitik die führende Rolle zugetraut. Hohe Kompetenz haben wir auch in der Wirtschaftspolitik, in Umweltfragen und in der Aussenpolitik sowie in der Frage des Service public.

Die Kompetenzzumutung hat aber dazu geführt, dass wir unsere Positionen wenig hinterfragen und eingefahrene Schemas nicht mehr neu definieren. Zum Beispiel die Frage der Renten aus der Zweiten Säule: Jede Veränderung am System wurde von der SP im Chor mit den Gewerkschaften als «Rentenklausur» gebrandmarkt. Mochte dies auf die Machenschaften von Rentenanstalt und Winterthur-Versicherungen zutreffen, war es bei der Frage nach dem Mindestzinssatz oder der Beteiligung von RentnerInnen an der Refinanzierung der unterdeckten Konten blosser Reflex. Warum etwa sollten sich jene RentnerInnen, die in der Hochkonjunktur von der Börsenhausse profitierten, nicht an der Sanierung der Kassen beteiligen?

Die SP Schweiz muss wieder den Mut zum Denken und Diskutieren haben. Sie muss dabei die Bevölkerung mit ihren Ängsten und Erwartungen Ernst nehmen und gleichzeitig klar machen, dass linke Grundwerte wie Chancengleichheit, Internationalität und Soziale Sicherheit nicht verhandelbar sind. Umstrittene Themen wie etwa die Asylpolitik, die Frage des Wirtschaftswachstums, der Globalisierung oder auch die Frage der Privatisierung dürfen nicht mangels Erfolgsaussichten rechts liegen gelassen werden. Viel-

mehr müssen wir genau bei solchen Themen viel innerparteiliche Arbeit leisten. Dazu braucht es Referentinnen und Referenten, die bereit sind, die Positionen in Sektionen und Kantonalparteien zu vertreten. Um aber überhaupt zu solchen Positionen zu kommen, braucht es Grundlagenpapiere und Konzepte, die in breiten Debatten auf allen Ebenen der Partei erstritten werden. Wer das will, muss die Denkfaulheit überwinden. Denken ist in der SP Schweiz nicht verboten, sondern gefordert!

2. Wissenskraft nutzen

Die SP Schweiz verfügt auf allen Ebenen und in allen Gremien über Fachfrauen und Fachmänner zu allen politisch relevanten Themen. Diese Fachpersonen sind oft schlecht einbezogen, die Organisation von Kommissionen und Parteigremien wenig verbindlich und meist abhängig von einzelnen engagierten Mitgliedern. Dies soll mit einer Revision der Fachkommissionen zwar in nächster Zeit besser werden. Darüber hinaus müssen aber auch Leute, die von uns in partei- oder politikferneren Gremien sitzen (Verwaltungsräte öffentlicher Anstalten wie Kraftwerke, Gebäudeversicherungen, Kantonalbanken usw.) besser in die politische Arbeit der Partei integriert werden. Deren Erfahrung kann der Kernpolitik wichtige Impulse und Informationen geben. Ebenso müssen die Beziehungen zur Wissenschaft und Kultur stärker gepflegt werden:

- Die Zürcher Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi hat vor den Wahlen 1999 ein Projekt lanciert, das kritische Kulturschaffende dazu brachte, sich wieder vermehrt um (Kultur-) Politik und politische Kultur zu kümmern. Trotz grossem Engagement der Initiantin droht das Projekt einzuschlummern. Es fehlt die klare Aufgabe innerhalb der Parteigremien und des Sekretariates, um die «kritische Intelligenz» in der Schweiz

**Die SP Schweiz
muss wieder
Mut zum Denken
und Diskutieren
haben.**

Jede
Organisation
braucht eine
Abteilung für
«Forschung und
Entwicklung»,
so auch
eine Partei.

für linke Projekte zu sensibilisieren, ohne sie als pure Wahlkampfhilfe zu vereinnahmen.

- In einer erfolgreichen Partei muss die interne Bildung einen hohen Stellenwert haben. Wissen über historische Zusammenhänge, politischinhaltliche Debatten, gesellschaftliche Entwicklungen dürfen nicht länger der Beliebigkeit ausgesetzt werden.
- Jede Organisation braucht eine Abteilung für «Forschung und Entwicklung», so auch eine Partei. Gemeint ist damit eine Gruppe von Leuten, die nichts anderes tut, als zu versuchen, die Fragen der Zukunft zu ergründen, diese zugespitzt zu formulieren und erste Ideen für eine konzeptionelle Antwort zu formulieren. Diese müssen dann innerhalb der Parteistrukturen gewichtet und weiter entwickelt werden. Mit «*avenir suisse*» ist für die Linke keine Zukunft zu haben: Wir müssen selber nach- und vorausdenken. Mit der «*Roten Revue*» wäre das Vehikel vorhanden, um neue Ideen, unkonventionelle Konzepte und quere Gedanken in die parteiinterne Diskussion zu bringen.

3. Linke Grundpfeiler gegen rechte Schlagwörter definieren

Linke Politik wird konkret an ihrem Verhältnis zum Staat und seiner Funktion. Wir wollen keinen Staat, der sich auf die Low-and-order-Rolle zurückzieht. *Wir streben einen Staat an, dessen Pfeiler die Chancengleichheit, die Demokratie und die Solidarität sind.* Ein solcher Staat garantiert Rechtssicherheit und organisiert den sozialen Ausgleich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den Regionen. Er greift auf Grund klarer Regeln gezielt in unser Leben ein, wenn es darum geht, herrschende Ungleichheiten zu bekämpfen oder längerfristige Interessen gegenüber kurzfristigen Profiten durchzusetzen. Er investiert sowohl sozi-

al, als auch wirtschaftlich und ökologisch in die Zukunft.

Chancengleichheit: Nicht die Herkunft, die Rasse oder das Geschlecht sollen über die Ausbildung und die gesellschaftlichen Rollen der Menschen entscheiden, sondern deren Fähigkeiten, Neigungen und Interessen. Chancengleichheit hat eine soziale und eine geografische Dimension. Zur sozialen gehören etwa ein bedarfsgerechtes und bezahlbares familien- und schulergänzendes Betreuungsangebot, ein kostenloses Schulsystem auf Topniveau, genügend passende Lehr- und Ausbildungsstellen für unsere Jugend, existenzsichernde Arbeit und eine würdige Altersvorsorge.

Zur geografischen Chancengleichheit gehört die flächendeckende Versorgung mit Gütern des Service Public wie Wasser, Strom und Gesundheit, aber auch Post, öffentlicher Verkehr sowie Telephonie, resp. moderne Fernmeldetechnologie. Dieses klare Bekenntnis zum flächendeckenden Service public ist das Rückgrat der Willensnation Schweiz und die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität in allen Landesteilen. Zur geografischen Chancengleichheit zählt ebenso eine aktive Aussen- und Friedenspolitik.

Demokratie: Die Macht des Stärkeren wird durch demokratische Instrumente eingeschränkt. Um sie auch zu kontrollieren, braucht es einen ausgebauten und demokratisch legitimierten Rechtsstaat und international verbindliche (soziale und ökologische) Standards. Die verfassungsmässig garantierten Grundrechte sind vorbehaltlos umzusetzen. Ein demokratischer Rechtsstaat legt die Regeln seines Wirkens verbindlich fest. Und er legt sein Handeln jederzeit offen.

Solidarität: Solidarität ist die Organisation des Ausgleichs zwischen den einzelnen

Bevölkerungsgruppen. Technokratisch meint Ausgleich, dort zu intervenieren, wo der Markt versagt. Damit ist klar, dass das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft (auch international) wieder erkämpft und gestärkt werden muss. Dort wo allein die Wirtschaft den Takt und das Tempo angibt, kommen die Schwächeren in unserer Gesellschaft – die Kinder und Jugendlichen, die Alten, die Kranken, die weniger Intelligenten und Frechen, aber auch die Randregionen, die Sprachminderheiten, die Menschen ohne Schweizerpass usw. – unter die Räder. Wer den Zusammenhalt in unserem Land stärken will, sagt Ja zur Solidarität, dh. zu einer Umverteilung von oben nach unten, von den wirtschaftlich starken in die schwächeren Regionen und von den Fitten zu den weniger Schnellen.

4. Zu guter Letzt: Kernthemen durchziehen!

Von Wohnbauförderung bis Mindestzinssatz, von Genderpolitik bis zum Luchskonzept hat eine Partei alle relevanten Themen kompetent zu beantworten. Die SP Schweiz tut dies meist. Wir werden aber nicht darum herum kommen, Kernthemen zu definieren, und an diesen in der angelaufenen Legislaturperiode fest zu halten. (Dies bedeutet auch, einige Themen vernachlässigen zu dürfen!)

Mit dem Ziel vor Augen, die drei Grundpfeiler sozialdemokratischen Handelns – Chancengleichheit, Demokratie, Solidarität – zu stärken, müssen wir *die politischen Schwerpunkte* der Politik der SP Schweiz für die nächsten Jahre definieren – als eigenständiges Projekt und gleichzeitig als Antwort auf das nationalistische, fremdenfeindliche und grosskapitalistische Dreipunkteprogramm (Staat aushungern, abschotten, privatisieren) der Rechten. Unsere Schwerpunkte sind *soziale Sicherheit, Öffnung und ökologischer Umbau:*

Soziale Sicherheit

Die Linke hat in den letzten Jahrzehnten viel erreicht. Die grossen Sozialwerke (AHV, IV, ALV) wurden geschaffen und ausgebaut. Damit hat sich die Lebenssituation hunderttausender Menschen in diesem Land massiv verbessert. Der grösste Teil der älteren Menschen kann heute ihren Lebensabend mit einer gesicherten Altersvorsorge geniessen, die Gesundheitsversorgung ist auf einem hohen Niveau und wer wegen Invalidität aus dem Arbeitsmarkt ausscheidet, kann auf eine Rente zählen. Diese Leistungen zu erhalten und gezielt den neuen gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, wird für die Linke Schwerarbeit sein.

Panikmache, Spaltung und Verunsicherung durch das gegenseitige Ausspielen der Sozialwerke sind das Ziel der Rechten. Damit soll der Boden für einen Rückbau der sozialen Sicherheit und der Solidarität gelegt werden. Statt darüber zu diskutieren, wie die Arbeitswelt gestaltet werden kann, damit die Menschen gesund bis zum Rentenalter arbeiten können, wird die Diskussion über das Rentenalter 67 lanciert. Statt darüber nachzudenken, wie die IV analog der SUVA so umgebaut werden kann, dass sie nicht mehr als letzte Lampe am Umzug die Last anderer (Arbeitgeber bei Entlassungen oder Gemeinden bei SozialhilfebezüglerInnen) aufgebürdet bekommt, wird das Schimpfwort «Scheininvaliden» in die Welt gesetzt. Statt darüber zu debattieren, wie unser Steuersystem so umgebaut werden könnte, dass der Bewegungsspielraum für die grossen mobilen Einkommen eingeschränkt wird oder wie die mittleren und kleinen Einkommen tatsächlich entlastet werden können, werden Steuergeschenke an Reiche und Villenbesitzer organisiert.

Drei Fragen, die wir in den nächsten vier Jahren beantworten wollen:

- Wie verschieben wir die Gewichte zwischen AHV und BVG zugunsten der

Die SP

wird nicht darum

herum kommen,

Kernthemen

zu definieren.

Und dies bedeutet

auch, einige Themen

vernachlässigen

zu dürfen!

**Die neutrale
unabhängige
Schweiz ist eine
Fiktion; jeder
zweite Franken
wird im Ausland
verdient.**

AHV und verhindern gleichzeitig eine weitere Pflasterlipolitik, um die Schattellen der Privatversicherer wieder zu füllen?

- Wie setzen wir eine Familienpolitik durch, die Kinder nicht zum Armutsrisiko macht und gleichzeitig dank flächendeckenden Blockzeiten und einem einheitlichen Schulsystem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet?
- Wie senken wir die Preise auf unseren Konsumgütern, ohne dabei die naturnahe Produktion und die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen und Angestellten unter Druck zu setzen?

Öffnung

Die Schweiz ist wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich eng mit anderen Ländern verflochten und von ihnen abhängig. Die neutrale, unabhängige Schweiz ist eine Fiktion: Jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Der Export ist der eigentliche Motor unserer Wirtschaft. Solange wir uns nur wirtschaftlich internationalisieren, bleibt das Gebot nach dem Primat der Politik auf der Strecke. Der EU-Beitritt muss deshalb in den nächsten vier Jahren innenpolitisch vorbereitet werden. Die Schweiz muss sich in der internationalen Staatengemeinschaft einflussreich für die Globalisierung von Menschenrechten, Sozial- und Ökostandards einsetzen.

Drei Fragen, die wir in den nächsten vier Jahren beantworten wollen:

- Wie gelingt es uns, die innenpolitischen Reformen im Bereich Steuern und Volksrechte so voranzutreiben, dass ein EU-Beitritt nicht von den kleinen und mittleren Einkommen bezahlt werden muss?
- Wie gelingt es Micheline Calmy-Rey gemeinsam mit der Linken, ihre Schweizer Version von Food for Oil, sprich

Entwicklungshilfe für mehr Menschenrechte durchzusetzen, damit das Credo starke Nationalarmee statt weltweite Friedensförderung und Konfliktprävention nicht obsiegt?

- Wie gelingt es den BerggebietsvertreterInnen in der Allianz mit Bauern, Linken und Grünen, via Alpenkonvention eine gemeinsame, internationale, koordinierte Zukunftsstrategie zu formulieren, damit sich nicht die Economiesuisse mit ihrer märkte- und massenzentrierten Wirtschaftspolitik durchsetzt?

Ökologischer Umbau

Die Wirtschaft stagniert. Eine restriktive Kreditpolitik der Banken, viel Lamento bei wenig Innovation des behäbigen Gewerbe-Establishments und wenig Anreize für den ökologischen Umbau verhindern den Sprung nach vorn. Gleichzeitig reagiert die Natur mehr denn je auf die ihr zugemuteten Belastungen. Die Unwetter im letzten Spätherbst und die diesjährige Hitzesommer sind nur zwei Beispiele zunehmender Wetterextreme. Für die Behebung der direkten Auswirkungen auf die Betroffenen und die Bewahrung des Lebensraums und der Tourismusdestination werden milliardenschwere Investitionen nötig sein, die sich nicht refinanzieren. Durch die weltweit steigenden Prämien für Schadensversicherungen und andere Reparaturmassnahmen werden dem Wirtschaftskreislauf enorme Summen entzogen, die wir dringend für wertschöpfende Innovationen, Bildung und Infrastruktur bräuchten.

Drei Fragen, die wir in den nächsten vier Jahren beantworten wollen:

- Wie setzen wir die CO₂-Abgabe als Teil einer Energiepolitik durch, in der Energieeffizienz dazu gebraucht wird, Klimapolitik und KMU-Förderung sinnvoll zu verknüpfen?

- Wie bringen wir die Banken zu einer Kreditpolitik, welche jene KMU und die Jungunternehmen unterstützt, die mit einer innovativen Unternehmenspolitik den ökologischen Umbau voranbringen?
- Wie setzen wir eine konsequente Verkehrsverlagerungspolitik und den Ausbau des öffentlichen Agglomerationsverkehrs gegen die Strassenlobby durch?

Kurz + bündig

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz muss (wieder) mehr Freude und Kraft fürs Denken und Debattieren entwickeln. Unsere Konzepte müssen die

Chancengleichheit, die Demokratie und die Solidarität (vor)leben und fördern. Darauf aufbauend setzen wir die Schwerpunkte soziale Sicherheit, Öffnung und ökologischer Umbau. Oder in Wahldeutsch: Wir wollen eine konzeptionell durchdachte soziale, offene und ökologische Schweiz – spätestens in vier Jahren!

Jacqueline Fehr ist Nationalrätin, Präsidentin der IG Velo Schweiz und Vize Präsidentin der Pro Familia Schweiz

Peter Peyer ist Präsident der SP Graubünden. Er arbeitet bei den Gewerkschaften vpod und SEV.



